

Gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung!

Wir demonstrieren gegen die zunehmende Rechtsentwicklung in Deutschland. Einen erneuten Höhepunkt in einer langen Kette hat sie mit dem Geheimgespräch von AfDlern mit offen Rechtsradikalen in Potsdam erreicht, wo unter anderem dreist die Abschaffung von Grundrechten auch für deutsche Staatsbürger und massenweise Abschiebungen, auch gegen legal hier lebende Ausländer besprochen wurden.

Doch das rechte Treiben gibt es seit Bestehen der Bundesrepublik. Altnazis waren von Anfang an in wichtigen Positionen im Staatsapparat, unter anderem beim Aufbau von Bundeswehr, Polizei und Verfassungsschutz.

Beispiele von Altnazis beim Aufbau der BRD:

- Bundespräsident Karl Carsten, CDU
- Kurt Filbinger, CDU, Ministerpräsident Baden-Württemberg
- Horst Ehmke, SPD
- Hubert Schrübbers (CDU) Verfassungsschutzpräsident. Als Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt hat er in der NS-Zeit einige Menschen ins KZ und damit in den sicheren Tod geschickt. Als Chef des VS stellte er viele SSler und SDler ein. So ging es weiter bis zu Hans Georg Maaßen (CDU).
- 1953, vier Jahre nach Gründung des Bundesinnenministeriums, waren über 40 Prozent der Mitarbeiter ehemalige NSDAP-Mitglieder.

Rechte Parteien wurden nie verboten! Was bei der KPD problemlos möglich war, scheiterte bei rechten Parteien immer am „Recht auf freie Meinungsäußerung“.

Unter dem Schutz des Staates!

Die Liste von rechtem Terror ist lang. Ob „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (70er Jahre), das Attentat auf das Oktoberfest 1980, die Terrorgruppe NSU, die 12 Jahre von 1999 bis 2011 unbehelligt morden konnte, immer gab es Verbindungen zum Staatsapparat. Der war „blind“ und reagierte erst auf Druck. Geld für den NSU stammte vom Verfassungsschutz.

Das NPD-Verbot scheiterte, weil die Führung mit „Verfassungsschutzinformanten“ durchgesetzt war. Sie erhielten vom Staat Geld für ihre rechte Hasspropaganda.

Immer wieder unterstützen Millionäre und Milliardenrechte Parteien und Gruppen. Der Staat schaut zu und ermöglicht ihnen die steuerliche Absetzung der Spenden. Über die Parteienfinanzierung erhalten rechte Parteien bis heute Millionen Steuergelder.

Im Staatsapparat wurden immer wieder rechte Strukturen wie Chatgruppen bei Polizei, Bundeswehr bis hin zu Staatsanwälten und Richtern aufgedeckt, bis hin zu Netzwerken, die illegal Waffen bunkerten. Aufgedeckt wurden diese Aktivitäten nie

Kontakt und V.i.S.d.P.: D. Möller, c/o Verlag AZ, Pf. 401051, 70410 Stuttgart
info@arbeit-zukunft.de



von den so genannten „Sicherheitsbehörden“, sondern immer von Antifaschisten. Der Staat reagierte erst, wenn es ein Skandal war. Aber letztlich wurden nur wenige der rechten Aktivisten, Waffensammler, Bürgerkriegsakteure bestraft. Da war der Staat immer seltsam zartfühlend.

Der Staat driftet selbst immer weiter nach rechts!

Militarisierung, Abbau demokratischer Rechte, Verbote und Überwachung finden derzeit durch den Staat statt.

Am Tag, als im Bundestag heuchlerisch über das Geheimgespräch von Potsdam geklagt wurde, wurde kurz darauf, das neue Gesetz gegen Flüchtlinge verabschiedet. Das war jahrelang die Forderung aller rechten Parteien und Organisationen. Nun macht das die „Fortschrittskoalition“. So wird vom Sozialabbau und der Aufrüstung abgelenkt. Die Menschen sollen sich gegen Schwächere, gegen Flüchtlinge, Arbeitslose, Grundsicherungsbezieher wenden und sich gegenseitig den Kopf einschlagen.

AfD und alle rechten Organisationen verbieten!

Selbstverständlich muss die AfD und mit ihr alle rechten Organisationen verboten werden. Zum Kampf gegen rechts gehört aber auch der Kampf gegen Aufrüstung, Militarisierung, Kriege und Sozialabbau! Das Kapital braucht die Rechten für die Spaltung der Arbeiter und des Volkes. Wir brauchen den gemeinsamen Kampf gegen rechts und gegen das Kapital!

AfD - Partei der „kleinen Leute“ oder des Kapitals?

Beispiele für das Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag:

- 5,5 Mrd. für den sozialen Wohnungsbau? Abgelehnt
- Besserer Schutz für Paketbot/innen durch Nachunternehmerhaftung? Abgelehnt.
- 25 Mrd. Euro Überbrückungshilfen bei Corona-bedingten Umsatzausfällen? Abgelehnt.
- Höhere Freibeträge für Alleinerziehende? Abgelehnt.
- Einmalig. Kinderbonus von 300 Euro je Kind? Abgelehnt.
- Mehr Unterstützung bei Corona-bedingt aufgetretenen Pflegesituationen? Abgelehnt.
- Bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie? Abgelehnt.
- Mehr Geld für den „Digitalpakt Schule“? Abgelehnt.
- 2 Mrd. Euro für mehr Ganztagsbetreuung? Abgelehnt.
- Grundrente für rund 1,3 Mio. Rentner/innen, ohne Gang auf das Amt? Abgelehnt.
- Wegfall des „Soli“ für rund 90 Prozent der Steuerzahler/innen? Abgelehnt.
- Mindestvergütung für Auszubildende? Abgelehnt.
- 5,5 Mrd. Euro für bessere Betreuung in den Kitas? Abgelehnt.
- Höhere „Mutterrente“ für rund 10 Mio. Rentbezieherinnen? Abgelehnt.
- Höhere Erwerbsminderungs-, Erziehungs- und Hinterbliebenenrenten durch verlängerte Zurechnungszeiten? Abgelehnt.
- Neue Chancen für Langzeitarbeitslose durch Lohnzuschüsse? Abgelehnt.
- Entlastung von Geringverdiener/innen durch reduzierte Sozialversicherungsbeiträge? Abgelehnt.
- Mehr Sicherheit für Arbeitnehmer/innen auf Abruf? Abgelehnt.

ARBEIT ZUKUNFT

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

www.arbeit-zukunft.de